
Inhalt

Vorwort der Herausgeber	9
Editorische Notiz	11
Einführung: Gewalt oder Verhandeln? – Das Erlebnis des 9. Oktober 1989 als Auslöser für die öffentlichen Debatten in Leipzig (<i>Thomas Ahbe</i>)	13
Die öffentlichen Debatten	41
Eine Straßendiskussion	42
Einführung in die Straßendiskussion	42
Dokumentation der Diskussion zwischen Bevölkerung und Polizei am 2. Oktober 1989	43
Die Debatten im Studentenklub Moritzbastei	50
Zum Zustandekommen der Veranstaltungsreihe im Studentenklub Moritzbastei	50
Einführung in die Debatte „Politischer Frühschoppen“	52
Dokumentation der Debatte „Politischer Frühschoppen“ im Studentenklub Moritzbastei am 15. Oktober 1989	56
Einführung in die Debatte „Gesellschaftsstrategie der DDR im fünften Jahrzehnt“	76
Dokumentation der Debatte „Gesellschaftsstrategie der DDR im fünften Jahrzehnt“ im Studentenklub Moritzbastei am 19. Oktober 1989	79

Die Debatten im Kabarett academixer-Keller	86
Zum Zustandekommen der Veranstaltungsreihe im Kabarett academixer-Keller	86
Einführung in die Debatte „Zur Medienpolitik in der DDR“	88
Dokumentation der Debatte „Zur Medienpolitik in der DDR“ im Kabarett academixer-Keller am 14. Oktober 1989	90
Einführung in die Debatte „Rechtsstaat – Staatsrecht“	147
Dokumentation der Debatte „Rechtsstaat – Staatsrecht“ im Kabarett academixer-Keller am 28. Oktober 1989	150
Einführung in die Debatte „Leipzig – Messemetropole oder Provinznest?“	216
Dokumentation der Debatte „Leipzig – Messemetropole oder Provinznest?“ im Kabarett academixer-Keller am 5. November 1989	221
Einführung in die Debatte „Stalinismus – weiße Flecken auf rotem Grund“	282
Dokumentation der Debatte „Stalinismus – weiße Flecken auf rotem Grund“ im Kabarett academixer-Keller am 19. November 1989	286
 Die Debatten im Gewandhaus zu Leipzig	 240
Zum Zustandekommen der Veranstaltungsreihe im Gewandhaus	240
Einführung in die Debatte „Zum sozialistischen politischen System der DDR“	242
Dokumentation der Debatte „Zum sozialistischen politischen System der DDR“ im Gewandhaus am 22. Oktober 1989	243
Einführung in die Debatte „Sozialistische Demokratie – aber wie?“	293
Dokumentation der Debatte „Sozialistische Demokratie – aber wie?“ im Gewandhaus am 29. Oktober 1989	295

Einführung in die Debatte „Brauchen wir die Künste wirklich?“	450
Dokumentation der Debatte „Brauchen wir die Künste wirklich?“ im Gewandhaus am 5. November 1989	451
Einführung in die Debatte „Probleme des Gesundheitswesens“	502
Dokumentation der Debatte „Probleme des Gesundheitswesens“ im Gewandhaus am 11. November 1989	505
Einführung in die Debatte „Erwartungen an eine neue Regierung“ . .	562
Dokumentation der Debatte „Erwartungen an eine neue Regierung“ im Gewandhaus am 12. November 1989	563
Essay: Die Debatten am Ende der DDR – ein Blick zurück	605
<i>(Thomas Ahbe und Michael Hofmann)</i>	
Dokumentation zeitgenössischer Texte, Erklärungen und Aufrufe	615
„Was trieb Frau A. K. ins Stadtzentrum?“ aus: LVZ vom 24./25. Juni 1989	615
Aufruf von Mitgliedern und Befürwortern des Neuen Forum vom 10. September 1989	618
Erklärung des Kabarett ‚academixer‘ vom 6. Oktober 1989	620
Appell des ‚Arbeitskreis Gerechtigkeit‘, der ‚Arbeitsgruppe Menschenrechte‘ und der ‚Arbeitsgruppe Umweltschutz‘ zur Gewaltlosigkeit vom 9. Oktober 1989	621
Aufruf zur Besonnenheit der Leipziger Sechs vom 9. Oktober 1989 . . .	622
Notizen von Bernd-Lutz Lange zum Aufruf	623
Willenserklärung der Gewandhausmitarbeiter vom 10. Oktober 1989	624
Leipziger Postulate	625

Verzeichnisse	637
Sachwortverzeichnis	637
Personenverzeichnis	695
Anmerkungen zur Einführung	737
Auswahlbibliographie	741
<i>Literaturverzeichnis</i>	741
<i>Webquellen</i>	744
Abkürzungsverzeichnis	745
Bildnachweis	749
Danksagungen	751

Thomas Ahbe

Einführung: Gewalt oder Verhandeln? – Das Erlebnis des 9. Oktober 1989 als Auslöser für die öffentlichen Debatten in Leipzig

Die hier vorgestellten Debatten waren ein Ergebnis des Schocks vom 9. Oktober 1989. Zwar war dieser Tag gewaltfrei verlaufen. Doch in den Tagen und Stunden vor dem Abend jenes Tages hatte sich der Eindruck verdichtet, dass die Staatsmacht an diesem Tag einen Umschwung erzwingen, die Demonstration mit massiver Gewalt auflösen und die Oppositionsgruppen zerschlagen wollte. Nach dem 9. Oktober bestand neben der Erleichterung oder Euphorie und Triumph der Bevölkerung vor allem auch Sorge darüber, wie es am nächsten Montag weitergehen würde. Etliche Leipziger nutzten ihre Möglichkeiten, die künftige Auseinandersetzung um das Regime in der DDR in gewaltfreien Bahnen zu halten. Einer der dabei beschrittenen Wege war die Organisation der hier dokumentierten Debatten. Die Motive, öffentliche Diskussionsveranstaltungen zu organisieren, waren vielfältig, die Entscheidung, sich dafür einzusetzen durchaus nicht ungefährlich, denn die Tage nach dem 9. Oktober waren machtpolitisch noch offen. Um die Bedeutung der hier dokumentierten Debatten sowie ihre Organisation würdigen zu können, sollen zunächst die vorangegangenen Wochen, die Gefahren und die Gefahrenwahrnehmung dieser Zeit skizziert werden.

Wie die Bürger Leipzigs und die Sicherheitskräfte bis zum 9. Oktober 1989 die Gewaltanwendung erlebten und wie sich die Befehlslage entwickelte

Um die Entwicklung der Befehlslagen, den Aufmarsch der Kräfte und die Ausdifferenzierung im Lager der Machthaber bis zum 09.10.1989 nachzeichnen zu können, ist zunächst ein Fernschreiben zu nennen, das Erich *Honecker* am 22.09.1989 an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen schickte. Darin wies er an, „dass diese feindlichen Aktionen im Keime erstickt werden müssen, dass keine Massenbasis dafür zugelassen“

werden dürfe.¹ Ein ähnlich lautendes Fernschreiben sandte an diesem Tag der Innenminister und Chef der Deutschen Volkspolizei (DVP), Friedrich *Dickel*, an die Bezirksbehörden der VP (BDVP). *Honecker*, so bestätigte der sowjetische Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow später: „... rechnete eindeutig mit einer Überwindung der Unruhen von der Position der Stärke. Er äußerte die Worte: ‚Man soll mit ihnen nicht viel Umstände machen, auf Lkws werfen und basta‘ sowie ‚die Organisatoren der Kundgebung sind Feinde und man muss mit ihnen entsprechend umgehen‘.“² Vier Tage nach diesem Fernschreiben, am 26.09.1989, unterzeichnete *Honecker* den Befehl 8/89 des Nationalen Verteidigungsrates der DDR.³ Dieser Befehl war mit Blick auf die Festveranstaltungen zum 40. Jahrestag der DDR am 07.10.1989 erlassen worden. *Honecker* wünschte, dass an diesem Tag das internationale Ansehen der DDR nicht beschädigt und Proteste mit allen Mitteln aus dem öffentlichen Raum gedrängt werden sollten.

Einen Tag nach der Leipziger Montagsdemonstration vom 25.09.1989, als 5.000 Menschen nach der Andacht in der Nikolaikirche über den Leipziger Ring bis zum Kaufhaus Konsument gezogen waren, ohne dass die Polizei eingegriffen hatte,⁴ schätzten jedoch sowohl der Minister für Staatssicherheit Erich *Mielke* wie auch der amtierende 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, Helmut *Hackenberg*, ein, dass „ohne den massiven Einsatz polizeilicher Hilfsmittel“ – *Mielke* sprach explizit von Wasserwerfern, Schlagstöcken, polizeilichen Zuführungen und Gewahrsamnahme – „derartige Personenansammlungen“ nicht aufzulösen seien.⁵ Der Leiter des VPKA Leipzig, Oberst Holm *Fritzsche*, stellte in seiner Lageeinschätzung zum 25.09.1989 nahezu skrupulös fest, „dass ein gewaltsames Auflösen einer Zusammenrottung in den Realbereich der Beurteilung aufgenommen werden muss. [...] Auch wenn die politischen Auswirkungen eines solchen Vorgehens von komplizierter Natur sind.“ Trotz seines Hinweises auf die politische Problematik schlug der Oberst vor, die Verfügbarkeit der VP-Bereitschaften Halle, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Gera sowie die der MdI-Schulen in Dresden, Aschersleben und Wolfen „zu sichern“.⁶

Am nächsten Montag, am 02.10.1989, kam es in der Leipziger Innenstadt zum ersten Mal zum Einsatz der erwähnten „polizeilichen Hilfsmittel“. Zunächst war ein Demonstrationszug von 8.000 bis 20.000 Teilnehmern auf dem Ring am Hauptbahnhof vorbeigezogen und dann in Höhe des Friedrich-Engels-Platzes durch eine Sperrkette von Volkspolizei, Kampfgruppen* und Polizeifahrzeugen gestoppt worden. Die Demonstranten riefen „Schämt Euch was!“⁷ Das Erlebnis dieser Demonstration erschütterte das Feindbild der Kampfgruppenangehörigen. Schon am nächsten Tag hielt die Stasi als Einschätzung der Kampfgruppenleute fest: „Bei den ‚Demonstranten‘ habe es sich nicht, wie angegeben, um Rowdys und Assis (*Asoziale – T.A.*), sondern um einen ‚disziplinierten Vorbeimarsch‘ gehandelt, bei dem die Kampfgruppenhundertschaft nicht belästigt

worden sei.“⁸ Doch noch standen sich die so beschriebenen Demonstrierenden und die Polizei gegenüber. Als „Zeichen der Friedfertigkeit aber auch des beharrlichen Protestes“ setzten sich die Demonstranten auf die Straße, wodurch aber nun die Einkesselung drohte: „Zwischen den Protestierenden, die sich von dem kalten Asphalt wieder erhoben, und den Sicherheitskräften entbrannte ein Nervenkrieg. Wann würden die ersten Steine fliegen, wann sich die Gummiknüppel in Bewegung setzen? Plötzlich durchbrachen die Demonstranten die Polizeikette; unter dem Jubel der Menge flogen Polizeimützen in die Luft.“⁹ Während sich diese Demonstration bis auf 3.000 Personen auflöste, formierte sich dann am Abend eine zweite Demonstration in der Nähe der Thomaskirche. Hier kam es zu massiver Gewalt. Denn inzwischen hatte der Innenminister der VP und der Bereitschaftspolizei den Einsatz mit Helmen, Schlagstöcken Schilden und Diensthunden freigegeben.¹⁰ Außerdem wurden Wasserwerfer eingesetzt. Die Demonstranten wehrten sich. Es flogen Pflastersteine, Scheiben wurden zerschlagen und Autos angezündet. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. 20 Demonstranten wurden festgenommen.¹¹

Solche massiven Polizeieinsätze hatte bis dahin kaum jemand in der DDR erlebt oder gesehen. Beide Seiten – hinzu kommen noch die Unbeteiligten – waren geschockt. Auch die Sicherheitskräfte hatten Angst gehabt. Schon die friedlich Demonstrierenden



Montags-Demonstration am 2. Oktober 1989 – Absperremaßnahmen von Volkspolizei und Kampfgruppen in Höhe des Friedrich-Engels-Platzes.

vom Ring wurde von ihnen „als bedrohlich wahrgenommen, auch im physischen Sinn“¹² und erst recht natürlich die wehrhaften Demonstranten von der Thomaskirche. Ein wehrpflichtiger Bereitschaftspolizist erinnert sich so: „Das war die Demonstration im Oktober, wo wir an der Thomaskirche standen und den Platz geräumt hatten, wo die zehntausend Leute waren. Aus meinen Erlebnissen heraus kann ich bloß sagen, dass es das erste Mal eine extreme Situation war, die auf viele von uns eingestürzt ist, weil wir da praktisch aufgefordert wurden, den Platz zu räumen. Ich war tief erschüttert, mir standen die Tränen in den Augen, da ich schon vorher gemerkt habe, dass das nicht irgendwelche randalierenden Rowdys sind, asoziale Elemente, wie uns erzählt wurde, sondern normale Leute aus sämtlichen Altersgruppen. Uns wurde gesagt, das ist eine unangemeldete Demonstration, sie ist nicht genehmigt und wir haben die Ordnung und Sicherheit herzustellen. Ich kann das bloß aus meinem persönlichen Sichtwinkel erzählen. Ich hatte direkt vor meinen Augen eine Frau. Ich weiß nicht, wie die da mit hereingeraten war. Die Frau hatte wie einen Schock. Sie war beladen mit Einkaufsbeuteln, mit Spielzeug und so weiter drin, die stand völlig fassungslos da, hat nur noch geweint. Mir ging das dermaßen nahe. Wir alle, oder viele, haben sich gefragt, wo soll das noch hinführen? Wenn wir nicht imstande sind, die Probleme auf friedliche Art und Weise zu lösen, sondern eben mittels Gewalt. Unsere Vorgesetzten verlangten des Öfteren, dass wir Stimmen und Meinungen schreiben sollten zu den jeweiligen Vorgängen in der Gesellschaft. Auf Befehlsbasis zwar, aber es waren trotzdem unsere persönlichen Meinungen und wir sind dafür eingetreten, dass die Leute demonstrieren dürfen, auch wenn es eine nicht angemeldete und genehmigte Demonstration ist und dass man denen nicht, wenn sie die Kirche verlassen, schon ein unheimliches Polizeiaufgebot gegenüberstellt.“¹³ Dieses Meinungsbild findet sich auch in dem Bericht des Kommandeurs der in Leipzig stationierten 5. VP Bereitschaft, Oberstleutnant Schröder wieder. Der Oberstleutnant schrieb, dass seine Truppe trotz der „Angst vor Gewalt und Zerstörung sowie Bedrohung des eigenen Lebens“ dennoch eine „hohe Einsatzbereitschaft“ gezeigt hatte, stellte aber auch fest: „In Gesprächen wird jedoch immer wieder deutlich, dass es gegenüber diesen Einsätzen eine große Abneigung gibt. Der überwiegende Teil der Genossen ist der Meinung, dass es uns eventuell gelingen wird, die ungesetzlichen Versammlungen zu zerschlagen, wir aber nicht in der Lage sind, politische Probleme zu lösen.“¹⁴

Der Schauplatz Dresden

Zwei Tage nach der Straßenschlacht vom 02.10.1989 in Leipzig bestand dann schon im südlichen der beiden Militärbezirke der DDR „erhöhte Gefechtsbereitschaft“. Verteidigungsminister Armeegeneral Heinz Keßler hatte sie am 04.10.1989 ausgelöst. Der Grund dafür lag allerdings nicht in Leipzig, sondern in Dresden, von wo aus ein Hilfersuchen des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung, Hans *Modrow*, ergegangen war.¹⁵

Am 03.10.1989 war bekannt geworden, dass die DDR-Führung einerseits 11.000 DDR-Botschaftsflüchtlinge aus der ČSSR in DDR-Zügen über DDR-Territorium in die BRD ausreisen lassen würde. Andererseits wurde an diesem Tag der visafreie Reiseverkehr in die ČSSR ausgesetzt. Diese Nachrichten, die erzwungene Rückführung von Reisenden nach Dresden und die Durchfahrt der für die Ausreiser bestimmten Leerzüge hatten in der Nähe des Dresdner Hauptbahnhofs in der Nacht zum 04.10.1989 zu gewalttätigen Massenprotesten geführt.¹⁶ Bei deren Niederschlagung wurden in der Nacht zum 05.10.1989 24 NVA-Hundertschaften aufgestellt und eingesetzt.¹⁷ Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Existenz dieser geheimen Sondertruppen verweisen darauf, dass die SED-Führung schon lange vor den anlassbezogenen Dresdner Unruhen mit der Niederschlagung von Protesten gerechnet hatte. Wie die Befehle 8/89 und 9/89 des Nationalen Verteidigungsrates zeigen, hatte die Vorbereitung von NVA-Teilkraften für einen Polizeieinsatz schon im August 1989 ihren Ursprung.¹⁸ Damals hatten Beauftragte der Chefs der Hauptstäbe der NVA und des Innenministeriums unter strengster Geheimhaltung Vorbereitungen zur Bildung von Einsatzgruppen getroffen.¹⁹ Diese NVA-Hundertschaften setzten sich aus Unteroffiziers- und Offiziersschulern, einige auch aus Offizieren zusammen. In der Zeit vom 04.10 bis 11.11.1989 bestanden zeitweise bis zu 183 dieser NVA-Hundertschaften. Den seit dem 04.10.1989 in Dresden eingesetzten Einheiten war zwar ein Schusswaffengebrauch untersagt, bei den hastig bereitgestellten Truppen ist der Austausch der Schusswaffen gegen Schlagstöcke aber erst am Vormittag des 05.10.1989 erfolgt.²⁰

Für den Raum Leipzig wurden letztlich 27 solcher NVA-Hundertschaften aufgestellt. Damit begann man am 05.10.1989, die Schlagstöcke für zunächst 15 Hundertschaften lagerte man ein.²¹ Die NVA-Hundertschaften sollten Objekte wie Hauptbahnhöfe, Hauptpostämter oder Rundfunksender sichern.²² In Leipzig befanden sich solche Einheiten am 09.10. und 16.10.1989 in Bereitschaft.²³

Der Schauplatz Leipzig

Am 07.10.1989 kam es in der Leipziger Innenstadt zu brutalen Übergriffen der Ordnungskräfte. An diesem Tage waren 6 Kompanien Bereitschaftspolizei und 739 Volkspolizisten im Einsatz. Im Unterschied zum 02.10.1989 war die Sonderausrüstung vorab angelegt und den Diensthunden der Maulkorb abgenommen worden. Hinzu kamen zwei Wasserwerfer.²⁴ Die Zahl der Demonstranten war an diesem Tag kleiner, denn es war Samstag und es gab keine richtunggebende Montagsdemonstration. Die Sicherheitskräfte gingen nun viel offensiver und gewalttätiger vor. „Die Ängste, die sie am 02.10.1989 ausgestanden hatten, schlugen jetzt in Aggression um. Waren seinerzeit 20 Festnahmen erfolgt, so wurden nun 210 – bei einer weit geringeren Zahl von Demonstranten“ festgenommen.²⁵ Die Inhaftierten wurden in Pferdeställen der Landwirtschaftsausstellung Agra in Leipzig-Markkleeberg, einem Objekt, das im Kriegsfall der Internierung von Staatenlosen und Ausländern dienen sollte, unter entwürdigenden Bedingungen festgehalten.²⁶ Das war zwei Tage vor dem 09.10.1989, an dem es – das war jedem klar – wieder zu einer großen Montagsdemonstration kommen würde.



Polizeieinsatz am 7. Oktober 1989 in der Grimmaischen Straße.

Daran dachten auch Bernd-Lutz *Lange* und Dr. Roland *Wötzel*. Sie telefonierten am Abend des 08.10.1989 miteinander. Der eine war ein bekannter Kabarettist, der andere Sekretär der SED-Bezirksleitung für Wissenschaft, Volksbildung und Gesundheit. Bernd-Lutz *Lange* erinnert sich: „Ich merkte ihm an, dass ihn das alles sehr betroffen machte, und wir verabredeten uns dann für Montagnachmittag (*den 09.10.1989 – T.A.*) für ein Telefonat.“²⁷ Wir wollten „irgendetwas unternehmen und vereinbaren, dass ich Montag nach 14.00 anrufe. Ihm schwebte vor, in die Nikolaikirche zu gehen und dort die Leute anzusprechen.“²⁸ Die beiden Männer kannten einander schon lange. *Wötzel* gehörte einst zu der Kommission, die Kabarett-Programme begutachtete und über deren Genehmigung entschied. *Lange* erinnerte sich: „Ich schätzte *Wötzel* als einen Menschen, mit dem man reden und streiten konnte. Es schlug einem dabei nicht der Hochmut mancher Genossinnen und Genossen entgegen, mit denen ich bei meiner Arbeit zu tun hatte und die mir bei unterschiedlichen Auffassungen solche unvergesslichen Sätze sagten wie ‚Du bist noch nicht so weit!‘ oder ‚Dir fehlt das entsprechende Bewusstsein!‘“²⁹ Als sich die Situation im Sommer 1989 in Leipzig zuzuspitzen begann, nahm Bernd-Lutz *Lange* zu Roland *Wötzel*, der inzwischen als SED-Bezirkssekretär für Wissenschaft ein einflussreicher Funktionär geworden war, wieder Kontakt auf. Ihr Gespräch drehte sich darum, wie man eine öffentliche Debatte in Gang bringen konnte und führte zu der Idee, dass beide gemeinsam eine öffentliche politische Diskussion im Hörsaal 19* der Karl-Marx-Universität moderieren könnten.³⁰ An diesem Disput sollte „die Hälfte von den Leuten der Friedens- und Menschenrechtsgruppen und die andere Hälfte entsprechende Leute von anderen Organisationen“ teilnehmen.³¹ *Lange* hatte hierfür auch bereits bei den Kirchengruppen sondiert. Das Ganze scheiterte aber damals, weil das Ministerium des Inneren dem ‚Neuen Forum‘* Mitte September die Zulassung verweigerte, *Wötzel* Parteidisziplin wahren und sich nicht daran beteiligen wollte.

Ganz konkrete Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt am kommenden Montag trafen drei Leipziger Basisgruppen um Pfarrer Christoph *Wonneberger* schon am Sonntag. Sie druckten am 08.10.1989 30.000 Flugblätter, die am Montag verteilt werden sollten.³² „Wir sind ein Volk. Gewalt hinterlässt ewig blutende Wunden“ war eine der Kernaussagen. (*siehe das Kapitel „Dokumentation zeitgenössischer Texte ...“ in diesem Buch*) Auch Mitglieder des ‚Neuen Forums‘* druckten Flugblätter. „Provoziert nicht, lasst euch nicht provozieren. [...] Keine Konfrontation mit BePo und Kampfgruppen – Dialog. Schützt die Polizei vor Übergriffen“ waren einige Forderungen des Papiers.³³ (*siehe das Kapitel „Dokumentation zeitgenössischer Texte ...“ in diesem Buch*)

Der Schauplatz Berlin

Am gleichen Tag, als Bernd-Lutz *Lange* und Roland *Wötzel* in Leipzig telefoniert hatten, gewann auch in der Machtzentrale in Berlin ein Prozess an Dynamik, der letztlich nicht ohne Auswirkung auf den Schauplatz Leipzig blieb. Bereits seit Längerem hatte es zwischen Egon *Krenz*, Willi *Stoph* und Erich *Mielke* Gespräche über eine Verjüngung der SED-Spitze gegeben.³⁴ Nun, am 08.10.1989, trafen sich *Krenz*, Sekretär des ZK für Sicherheitsfragen, *Mielke*, Minister für MfS und *Schabowski*, alle drei Mitglieder des Politbüros, sowie Friedrich *Dickel*, Minister des Innern und Chef der DVP, Wolfgang *Herger*, Leiter der Abteilung Sicherheit beim ZK der SED und die rechte Hand von Egon *Krenz*, Wolfgang Schwanitz, Stellvertreter von *Mielke* und Karl-Heinz Wagner, Stellvertreter von *Dickel* zu einer zweistündigen Beratung im Büro von *Mielke*.³⁵ Anlass war die Auswertung der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR sowie auch des brutalen und teilweise öffentlich gewordenen Einsatzes gegen die Berliner Demonstranten vom 07.10.1989. Aus Sicht der Anwesenden war das ein aus dem Ruder gelaufener Ordnungseinsatz. „Was da passiert ist, war nicht nötig“, soll Mittig auf dem Wege zur Besprechung zu *Krenz* und *Herger* gesagt haben, „jemandem sind die Nerven durchgegangen.“³⁶ Zu dieser Sitzung gibt es kein Protokoll,³⁷ jedoch unterschiedlich akzentuierte Beschreibungen in den Erinnerungen der Teilnehmer. Die Einberufung dieser Konferenz war von *Mielke* ausgegangen.³⁸ Von *Mielkes* Büro aus wurden dann auch weitere SED-Bezirkssekretäre, die man als Verbündete ansehen zu können glaubte, telefonisch eingebunden. *Honecker* wusste von der Zusammenkunft nichts und bezeichnete sie später als „Konspiration“ und als „die Vorbereitung eines innerparteilichen und staatlichen Putsches“.³⁹

Krenz bat in der Beratung „ausdrücklich an alle Mitarbeiter des MfS in den folgenden Leitungsbesprechungen zur Auswertung weiterzugeben, dass die Parteiführung bisher nicht auf die Informationen des MfS zur wahren Lage im Land gehört habe, versprach, dass zukünftig diese Informationen erstrangige Entscheidungsgrundlage für die Parteiführung wären und stellte Veränderungen in der Parteiführung in Aussicht. Und Herr *Krenz* orientierte, dass jetzt die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit zur Absicherung all dieser Veränderungen, die es nun in der Politik der DDR herbeizuführen gelte, gefordert seien wie nie. Jetzt müsse man stehen, jetzt würden die Sicherheitsorgane gebraucht.“⁴⁰ Den Stasi-Leuten dürften diese Aussagen gefallen haben. Sie wussten um die Kluft zwischen ihren Berichten über die Bevölkerung, die Ausreiser, die Oppositionellen sowie die SED, NVA, VP und Kampfgruppen einerseits und der Situationswahrnehmung der SED-Führung und deren Propaganda andererseits.⁴¹ Zugleich entwarf ihnen der kommende Mann, *Krenz*, ein Szenario, das ihrer Institution eine gute Zukunft in einem von *Krenz* weiterentwickelten Sozialismus versprach.

Ein weiteres wichtiges Thema dieser Beratung war *Krenz'* Entwurf einer Erklärung des Politbüros, den dieser auf seiner Reise zu den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Volksrepublik China erarbeitet hatte.⁴² Sie sollte der „Überwindung der Sprachlosigkeit“⁴³ der SED dienen. In der „ganzen Soße“⁴⁴ – so bezeichnete es *Honecker* später – waren zwei wichtige Passagen enthalten, die vom Üblichen abwichen, nämlich kritische Bemerkungen zu den Medien und zur Versorgungslage in der DDR sowie die Feststellung, „dass die Abkehr von unserer Republik niemanden gleichgültig lassen kann, und dass jeder, der uns verlässt, von uns als Verlust empfunden wird“.⁴⁵ Damit war *Krenz'* Entwurf für die Politbüroerklärung ein klarer Affront gegenüber *Honecker*, der in den ND-Kommentar zu den DDR-Flüchtlingen, die über die Botschaften von Prag und Warschau ihre Ausreise erwirkt hatten, die Sätze hineinredigiert hatte: „Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen.“⁴⁶ Schon am Nachmittag, als *Honecker* das Papier erhalten und *Krenz* daraufhin anrief, kam es zum offenen Konflikt. *Honecker* lehnte es barsch ab, die „Kapitulationserklärung“⁴⁷, wie er die Vorlage bezeichnet, im Politbüro zu diskutieren und kanzelte *Krenz* ab. Dieser realisierte, dass *Honecker* mit ihm gebrochen hatte, und begann mit Politbüromitgliedern zu telefonieren, die er für Verbündete im Machtkampf gegen *Honecker* hielt.⁴⁸

Der Tag ging in Berlin mit der Erteilung von mehreren zentralen Befehlen von Innenminister *Dickel*, *Honecker* und *Mielke* zu Ende. *Dickel* telegraphierte allen BDVP, dass „durch konsequentes und rechtzeitiges Einschreiten“ ein „geschlossenes Auftreten der feindlich-negativen Kräfte zu verhindern bzw. zu beseitigen“ sei.⁴⁹ Der Generalsekretär wies die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen an, weitere Demonstrationen „von vornherein zu unterbinden“ und ordnete die „sofortige Zusammenkunft der Bezirkseinsatzleitungen“ an.⁵⁰ MfS-Minister *Mielke* befahl gegen 16.00 Uhr für alle Dienstseinheiten „volle Dienstbereitschaft“: Im Befehl war von der „Gefährdung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung“ die Rede. Deswegen seien „ausreichend Reservekräfte bereitzuhalten, deren kurzfristiger Einsatz auch zu offensiven Maßnahmen zur Unterbindung und Auflösung von Zusammenrottungen zu gewährleisten ist.“⁵¹ Das Fernschreiben ging um 16.28 Uhr in Leipzig ein und wurde am Abend dieses Sonntags in einer Sitzung durch den Leiter der MfS-Bezirksbehörde, Generalleutnant Manfred Hummitzsch präzisiert.⁵²

Die Vorbereitungen für die gewaltsame Niederschlagung der Demonstration vom 9. Oktober 1989

Der Schauplatz Leipzig

Am 09.10.1989 um 7.30 Uhr trat die Bezirkseinsatzleitung Leipzig zusammen. Bezirkseinsatzleitungen waren temporäre, im Krisenfall zu bildende Gremien, die die am Ort stationierten bewaffneten Kräfte formal der Befehlsgewalt des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung unterstellen. Diesen Bezirkseinsatzleitungen untergeordnet waren die Kreiseinsatzleitungen. Aufgabe von Bezirkseinsatzleitungen war es, Einsatzbefehle für die bewaffneten Einheiten auszuarbeiten beziehungsweise zu bestätigen und die Einsätze zu führen. Die Bezirkseinsatzleitung Leipzig tagte jeden Montag, um den 09.10.1989 herum nahezu täglich.⁵³ Die Verlaufs- und Verschlussprotokolle aus der Zeit vom 18.09. bis 27.11.1989 fehlen jedoch.⁵⁴ Dennoch ist klar, dass die Gesamtverantwortung für den Einsatz oder Nichteinsatz bewaffneter Kräfte in Leipzig beim amtierenden 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung lag.⁵⁵ Das schloss auch den Einsatz der NVA-Kräfte ein,⁵⁶ die allerdings nicht von Leipzig aus angefordert, sondern durch Beschluss des ‚Nationalen Verteidigungsrates der DDR‘* in die Region verlegt worden waren.⁵⁷ Hierzu gehörte auch, dass auf Befehl *Honeckers* 3 Kompanien des Luftsturmregiments 40 aus Lehnin in die Kaserne des Artillerieregiments 3 an der Olbrichtstrasse verlegt wurden. Auftrag der Soldaten des Luftsturmregiments war es, von Demonstranten besetzte Gebäude zu entsetzen und „die Lage zu bereinigen“. In den Leipziger Einsatzplänen zur Auflösung von Demonstrationen spielte diese Einheit jedoch keine Rolle. Widersprüchliche Aussagen liefert die Literatur darüber, ob die Fallschirmjäger schon vor der durch die Staatsmacht eigentlich nur mit 50.000 Teilnehmern kalkulierten Demonstration vom 09.10.1989 verlegt worden waren⁵⁸ oder erst nach der alle Erwartungen übertreffenden Demonstration vom 09.10.1989 in Vorbereitung der Demonstration vom 16.10.1989.⁵⁹

Auch die Bezirkseinsatzleitung Leipzig diskutierte am frühen Morgen des 09.10.1989 unter dem Vorsitz des amtierenden 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, Helmut *Hackenber*g, die Umsetzung des Befehl 8/89 des ‚Nationalen Verteidigungsrates‘*, demgemäß „feindliche Aktionen offensiv zu verhindern seien“. Darüber hinaus stand die Umsetzung von *Honeckers* ähnlich lautenden Fernschreiben an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen vom Vortage zur Debatte. An dieser Zusammenkunft nahmen der Chef der Bezirksbehörde der VP (BDVP), Generalmajor Gerhard Straßenburg, der Leiter der MfS-Bezirksbehörde, Generalleutnant Manfred Hummitzsch, für die NVA-Verbände Generalmajor Günther Diederich sowie der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, Rolf Opitz, teil. Zum Verlauf der Sitzung gibt es kein Protokoll, aber einige Interviews. Für die Auflösung der Demonstration wurde ein detaillierter und von

Straßenburg ausgearbeiteter Einsatzplan beschlossen. So sollten beispielsweise am Hauptbahnhof sechs Lkw mit Räumgittern, zwei Wasserwerfer sowie zwei Tanklöschfahrzeuge, deren Wasser mit Farbzusätzen versehen war, zum Einsatz kommen.⁶⁰ Die Farbzusätze sollten helfen, flüchtige Demonstranten leichter dingfest zu machen.⁶¹ Als „Zuführungspunkte“ waren das Gebäude des VPKA Leipzig (für 60 Personen), die Turnhalle Paunsdorf (für 100 Personen) und zwei Hallen auf dem Agra-Gelände (für insgesamt 600 Personen) ausgewiesen.⁶² Laut Befehl von Oberst Holm Fritzsch, Leiter des VPKA Leipzig, bestand das Ziel des Einsatzes in der „Auflösung rechtswidriger Menschenansammlungen und unmittelbar nachfolgend in der dauerhaften Zerschlagung gegnerischer Gruppierungen sowie der Festnahme der Rädelsführer“.⁶³ Zu Straßenburgs Plan gehörte auch der Einsatz von „gesellschaftlichen Kräften“, also SED- und FDJ-Mitgliedern. Sie sollten durch ihre Anwesenheit den „Provokateuren“ den Platz auf dem Nikolaikirchhof und im Gotteshaus streitig machen. Straßenburg rechnete mit 50.000 Demonstranten. NVA-Generalmajor Diederich stellte in der Beratung fest, dass seine Hundertschaften nur ungenügend auf Gewaltaktionen gegen die Bevölkerung vorbereitet seien und kaum den Umgang mit Gummiknüppeln beherrschten. Es wurde beschlossen, dass mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei die Spitze des Demonstrationszuges zwischen Karl-Marx-Platz und Hauptbahnhof mit Schlagstöcken angreifen und sie mit Unterstützung von Schützenpanzerwagen in die Seitenstraßen abdrängen sollten. Der Leiter der MfS-Bezirksbehörde Hummitzsch äußerte hingegen die Ansicht, dass es „im Gegensatz zu zentralen Befehlen“ weder durch den Einsatz von Schusswaffen noch anderer polizeilicher Hilfsmittel mehr möglich sein würde, die Demonstrationen zurückzudrängen.“⁶⁴ Hummitzsch hatte nach eigenem Bekunden auch den MfS-Leuten, die auf der Straße im Einsatz waren „verboten, Waffen zu tragen. Gegen die Dienstvorschrift des Ministers.“⁶⁵

Die Ressourcen für die Durchführung des am Morgen des 09.10.1989 verabschiedeten Einsatzplanes zur Niederschlagung der Montagsdemonstration waren in den zurückliegenden Tagen bereitgestellt worden. Die Kommandeure der in der Essener Straße stationierten 5. und 21. VP-Bereitschaften waren schon seit dem 05.10.1989 angewiesen, den „Einsatz von Abschussgeräten für Reizwurfkörper, [den] Einsatz der mit Sperr- und Räumchilden vorbereiteten W 50 und SPW, [...] der Wasserwerfer u.a. Mittel“ vorzubereiten. Außerdem hatten sie sich auf die Unterbringung und Führung „zukommandierter Einheiten aus anderen Bezirken“ einzustellen. Insgesamt standen dem Chef der BDVP somit 3.100 Volkspolizisten sowie 8 Hundertschaften Kampfgruppen zur Verfügung. Außerdem war der Einsatz von 5.000 sogenannten „Gesellschaftlichen Kräften“, SED- und FDJ-Mitgliedern, geplant, die durch ihre Anwesenheit den „Provokateuren“ entgegnetreten sollten. Zusätzlich lagen noch 1.500 NVA-Soldaten um Leipzig in Reserve.⁶⁶

Martialisch muten die Maßnahmen an, mit denen das Ministerium des Innern und das Ministerium für Staatssicherheit ihre Objekte sicherten. Im Hof der BDVP standen SPW mit Besatzung. An die Außenwachen des Polizeigebäudes am Dittrichring wurden Maschinenpistolen samt 90 Schuss Munition ausgegeben und in der 5. Etage in Richtung Große Fleischergasse drei mit Sandsäcken bewehrte MG-Nester aufgebaut. Die Wache des Stasi-Geländes in Leipzig-Leutzsch erhielt zwei schwere Maschinengewehre und Reizwurfkörper.⁶⁷ Man befürchtete einen Sturm auf Objekte der bewaffneten Organe, die Besetzung des Senders oder des Hauptpostamtes und Lynchjustiz an Funktionären, Staatsangestellten und Sympathisanten. Hier wirkte noch eine Gefahrenantizipation, die auf die Lynchaktionen in den Straßen Budapests während des Ungarischen Volksaufstandes von 1956 zurückgriff.⁶⁸ Es gab aber seit den Ereignissen in Dresden 1989 auch aktuelle Morddrohungen.⁶⁹

Die psychologische Vorbereitung des Tages der Entscheidung bestand in Einschüchterung und Gerüchtemacherei. Seit Tagen waren immer wieder Berichte und Leserbriefe in der Leipziger Volkszeitung veröffentlicht worden, die die Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“ und eine Verteidigung gegen „antisozialistische Hetze“ forderten. Den Höhepunkt der Pressekampagne bildete der Leserbrief des Kommandeurs einer Kampfgruppenhundertschaft. Er erschien am 06.10.1989 in der LVZ unter der Überschrift „Werktätige des Bezirkes fordern: Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden“. Hier hieß es: „Wir sind bereit, und Willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand!“⁷⁰ Die Bevölkerung wurde auch mit vagen „Informationen“, dass für den Montagnachmittag ein Schießbefehl bestünde, am Demonstrieren abzuhalten versucht. Von denen, die in der Innenstadt arbeiteten, bekamen viele bereits am frühen Nachmittag frei. Sie wurden zudem aufgefordert, das Zentrum zu verlassen. Geschäfte, Restaurants und Cafés im Umfeld der Nikolaikirche blieben seitdem geschlossen. Eltern veranlasste man, ihre Kinder bis 15.00 Uhr aus den Kindergärten abzuholen. Die Verkäufer vor dem alten Rathaus mussten ihre Stände bis 16.00 Uhr räumen.⁷¹ Viele Beschäftigte Leipzigs wurden durch die staatlichen Leitungen oder durch SED-Mitglieder über die Existenz eines Planes informiert, demgemäß „am 9. Oktober in Leipzig die Konterrevolution niederschlagen“ sei.⁷² In der Schule sagte man den Kindern, dass sie nicht in die Stadt gehen sollten, weil „möglicherweise heute etwas Schlimmes passieren“⁷³ würde. Jugendliche erinnern sich an die Zurechtweisung ihres Direktors: „Wenn wir hingehen, dann können wir von ihm keine Hilfe erwarten.“⁷⁴ Darüber, ob Vorbereitung der Krankenhäuser auf die Versorgung von Schussverletzungen und ob die Bereitstellung von Blutkonserven und Leichensäcken lediglich einschüchternde Gerüchte darstellten oder den Realitäten entsprachen, vermag die zeitgeschichtliche Fachdiskussion keine eindeutige Antwort zu geben.⁷⁵